

Buchloer Hofnarr

Fakten, Meinungen und Nachdenkliches mit subjektiver Objektivität



Ausgabe 134 – Der Buchloer Hofnarr erscheint in unregelmäßigen Abständen als reine Online-Ausgabe. Werden fremde Quellen verwandt, ist dies im jeweiligen Text angegeben. Sollten Sie einen Gastbeitrag oder einen Leserbrief veröffentlichen wollen, erklären sie sich mit der Nennung Ihres Namens und ihres Wohnorts einverstanden. Der Verantwortliche entscheidet über die Veröffentlichung. Verantwortlich: Hubert Zecherle / Buchloe 20.03.2023

Übrigens: Die CSU

(Camoufflieren Sabotieren Umdichten)

lehnt im Bund eine Wahlrechtsreform ab, welche als Ergebnis nahezu dem bayerischen Landtagswahlrecht entspricht. Wieso? Weil das bayerische Wahlrecht nur in Bayern gilt und für die CSU Vorteile bringt, sie aber bei der nun verabschiedeten Bundestagswahlreform für sich im Bund Nachteile erwartet. Die CSU wird wohl gegen ein Bundesgesetz klagen, welches inhaltlich einem bayerischen Landesgesetz nahezu entspricht. Wird sie das bayerische Wahlrecht auch ändern, falls sie vor Gericht Recht bekommt? Wohl nicht, denn die CSU konnte schon immer alle Meinungen gleichberechtigt vertreten – sie ist die Partei welche den Kuchen essen kann und ihn gleichzeitig aufhebt. Stimmt nicht? Doch!

Die CSU verhinderte Windräder und fordert deren schnelleren Bau.

Die CSU verhinderte den Bau von Stromleitungen und fordert deren schnelleren Bau.

Die CSU (Generalsekretär Söder) forderte den Abschied vom Verbrennungsmotor, dessen Ende sie nun verhindern will.

Die CSU unterstützte das Ende der Atomkraft, deren Ende sie nun verhindern will.

Die CSU (Finanzminister Söder) verkaufte zehntausende billige Mietwohnungen, deren Bau sie

nun von der Ampel-Bundesregierung fordert.

Die CSU (Verteidigungsminister Guttenberg) setzte die Wehrpflicht aus, reduzierte die Personalstärke und begann das Kaputtsparen bei der Bundeswehr, welches sie nun kritisiert.

Die CSU leugnet bis heute die miserable Personalsituation an Bayerns Schulen, welche sie durch das Abwerben von Lehrern in anderen Bundesländern abwenden will.

Die CSU ist gegen ein Tempolimit, gegen ein Verbrenner-Ende, gegen die Isolierung von Häusern und gegen CO₂-freie Heizungen und will trotzdem früher CO₂-neutral sein als der Bund, der dies wohl trotz der genannten Maßnahmen nur knapp schaffen könnte.

Die CSU will weniger Flächenverbrauch, ist aber für größere Grundstücke, mehr Autobahnen, neue Gewerbegebiete und stellt sich in den meisten Gemeinderäten gegen eine Nachverdichtung.

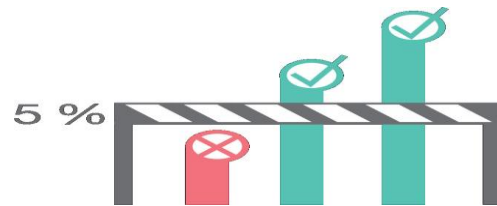
Eine Drehtür ist der CSU in Sachen Rotationsgeschwindigkeit klar unterlegen.

Wahlrechtsreform zum Nachlesen auch im [Buchloer Hofnarr Nr. 37](#).

5 % - Hürde

Die 5 % - Sperrklausel wurde in der Bundesrepublik Deutschland eingeführt um eine Zersplitterung der Parlamente durch kleine und kleinste Parteien, wie in der Weimarer Republik, zu verhindern. Damit werden Koalitionen einfacher, die Erpressbarkeit von Regierungen geringer und das Regieren effektiver. Dies wurde bisher von

keiner C – Partei (CDU oder CSU) in Frage gestellt. Bis zur Wahlrechtsreform 2023 konnte diese Sperrklausel durch mindestens drei Direktmandate ausgehebelt werden, dann zog die Partei (z.B. Die Linke) mit einer Abgeordnetenanzahl entsprechend ihres Stimmenanteils in den Bundestag ein. Dabei genügt in den Wahlkreisen die einfache Mehrheit zur Erlangung des Direktmandats (das können auch nur 20 % der Wahlkreisstimmen sein – Hauptsache eine Stimme mehr als der zweite Bewerber). Diese Regelung wurde nun abgeschafft! Udemokratisch? Ungerecht? Nein, denn ausschlaggebend ist die 5% - Hürde, welche für alle Parteien gelten sollte.



Wenn eine Partei sich entscheidet nur in einem Bundesland zur Bundestagswahl anzutreten, dann ist dies die Entscheidung dieser Partei, ändert aber nichts an der Gültigkeit der bundesweiten 5- % Sperrklausel. Dies gefällt der CSU natürlich nicht, denn sie erreicht i.d.R. ca. 5,2 % bundesweit (ca. 39 % in Bayern), aber über die Direktmandate war ihr der Einzug in den Bundestag immer sicher, auch wenn diese Direktmandate nahezu nie durch eine absolute Mehrheit legitimiert waren und die CSU für sich lautstark das Monopolvertretungsrecht für bayerische Interessen reklamierte. Apropos bayerische Interessen: Würde die CSU bei der nächsten Bundestagswahl an der 5 % - Sperrklausel scheitern, dann könnte die nächste Regierung, auch unter CDU – Führung, eine Politik für ganz Deutschland machen, ohne dass eine Regionalpartei versucht, für ihre Parteimitglieder (und im besten Falle auch Bürger) zusätzlich Geld, zu Lasten der anderen Bundesländer, herauszuschinden.

Leserbrief an die Allgäuer Zeitung
09.03.2023, veröffentlicht am
13.03.2023

Der Unterschied bleibt

Die Berufsverbände der Real-, Gymnasial- und Berufsschullehrer fühlen sich benachteiligt, wenn Grund- und Mittelschullehrer das gleiche Einstiegsgehalt bekommen sollen wie sie selbst, obwohl für die Grund- und Mittelschullehrer das Einstiegsgehalt (A13) gleich dem Endgehalt vor der Pension sein wird, wohingegen sie selbst mit A14 / A15 in Pension gehen. Aber wer mehr verdient sollte auch weniger arbeiten. Grund- und Mittelschullehrer unterrichten drei bis vier Stunden mehr pro Woche - ein Arbeitsleben lang. Also liebe Real-, Gymnasial- und Berufsschullehrer, nicht so laut klagen, ihr werdet immer noch besser behandelt, auch wenn niemand weiß warum.

Zusatz: Im Leserbrief wurde darauf verzichtet auf die Besserstellung der Grund- und Mittelschullehrer im Bereich der Anzahl der unterrichteten Fächer hinzuweisen. Mittelschullehrer dürfen/müssen alle Unterrichtsfächer (Deutsch, Mathematik, GPG, NT, WiB, Informatik, Buchführung, Kunst, Englisch) außer Religion, denn das ist wirklich wichtig, auf Mittlere – Reife – Niveau unterrichten, wohingegen Real- und Gymnasiallehrer i.d.R. nur für zwei Fächer qualifiziert sind – liegt wohl an der besseren Ausbildung. Aus selbigem Grund dürfen Mittelschullehrer auch in allen Fächern vertreten und noch ein paar Zusatzstunden anhäufen – DANKE! Übrigens: Real- und Gymnasiallehrer lassen sich in der Presse / Öffentlichkeit gerne als Pädagogen bezeichnen, obwohl sie nicht Pädagogik studiert haben und sie ihre Besoldung mit ihrem Studium zum Fachwissenschaftler – nicht Lehrer – begründen. Logisch oder?

Leserbrief an die Buchloer Zeitung 09.03.2023,
veröffentlicht am 18.03.2023

Der sicherste Ort in Buchloe

wird für Radfahrer und Fußgänger die neue Bahnunterführung an der Mindelheimer Straße sein. Die neuen Rad- und Fußwege (gesamt 7,30 m, nur 20 cm schmaler als die zwei Fahrspuren für LKW) werden ca. viermal so breit sein, wie der bestehende Weg, auf welchem auch schon keine Unfälle bekannt wurden. Noch sicherer als unfallfrei - super! Aber wenn die Radfahrer die neue Unterführung sicher hinter sich gebracht haben werden, dann dürfen sie wieder auf der engen Amberger bzw. Mindelheimer Straße ihren Platz gegenüber den Autos behaupten. Tolle Planung für ein Jahrhundertprojekt, bei dem Geld offenbar keine Rolle spielt.

Dazu passt: „Lieber aufs Rad statt ins Auto“ heißt ein Bericht am 18.03.2023 in der Buchloer Zeitung. Darin heißt es, dass die Stadt eine Auszeichnung als „Fahrradfreundliche Kommune“ anstrebe. Hier ist die Wortwahl wichtig. Wunderbar – die Stadt bzw. der Stadtrat ist an einer Auszeichnung interessiert, nicht an der echten Förderung des Fahrradverkehrs. „Wir machen uns auf den Weg und setzen ein Thema, das richtig und wichtig ist“, meinte Bürgermeister Robert Pöschl in der jüngsten Sitzung des Umweltausschusses. Dieses Thema wurde vom Stadtrat bisher bestenfalls ignoriert oder abgelehnt. Die in der letzten Sitzungsperiode vom Buchloer Hofnarren (2019 noch Stadtrat) beantragte Förderung von Lastenrädern (je Lastenrad 500 €, Gesamtförderung 20000 €) wurde abgelehnt, weil der Verwaltungsaufwand zu groß sei, die Bürger eventuell die Stadt betrügen würden und die Kosten zu hoch seien. In der gleichen Besetzung beschloss der Stadtrat mehr als die hundertfache Summe für den Eishockeyverein aufzubringen, denn Prioritäten müssen gesetzt werden. Zu diesen Prioritäten gehören auch nicht die seit 10 Jahren geplanten ordentlichen Fahrradabstellplätze am Bahnhof. Auch Geschäften wird weiterhin nur eine Mindestanzahl von KFZ-Stellplätzen vorgeschrieben, nicht aber eine ausreichende Anzahl von Fahrradständern (von einer Überdachung ist hier noch gar nicht die Rede). Fahrradfahrern wurde bisher, wenn sie sicher durch die Stadt wollten, im Rahmen der Fahrradfreundlichkeit geraten, die Bahnhofstraße zu meiden und auf die Zeppelinstraße auszuweichen. Vielleicht interpretiert der Buchloer Stadtrat die „Fahrradfreundliche Kommune“ auch einfach nur wörtlich: Freundlich zu Fahrrädern! Denn Fahrräder halten einfach länger und bleiben sauberer, wenn man sie wenig benutzt und bisher wurde dieses „fahrradfreundliche“ Verhalten gefördert.

Angelehnt an Willy Brand sollte die Stadt Buchloe „Mehr Verkehrswende wagen“. Mehr dazu mehr im [Buchloer Hofnarr Nr. 42](#).